

Martin Häusling, MdEP

Mitglied des Europäischen Parlaments – grüner Europaabgeordneter für Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament



Newsletter September 2018

Liebe Leserinnen und Leser,

das Thema Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nimmt weiter Fahrt auf. Uns beschäftigt, wie man im Vorschlag der Kommission echte Pfeiler einrammen kann, die eine Nachhaltigkeit absichern. Die Folgen der Klimakrise sind absolut spürbar und die anhaltende Trockenperiode, die Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner als Ereignis nationalen Ausmaßes einstuft, hat eine Debatte um die bestgeeignetsten Unterstützungsmaßnahmen für Bauern und Bäuerinnen losgetreten – allerdings ohne Weitblick und kritischer Reflektion unseres Systems der industriellen Landwirtschaft. Also: Neujustierungen bei der GAP sind extrem notwendig!

Erfreuliche Entwicklungen gab es aber auch. Neue gentechnische Verfahren wurden vom Europäischen Gerichtshof (EUGH) bezüglich der Überprüfbarkeit und Nachverfolgbarkeit ihrer Risiken wie die „alte“ Gentechnik eingestuft. Während die Süddeutsche Zeitung Ende Juli titelte „Die Angst vor der Gentechnik hat gewonnen“ würde ich entgegnen, dass die Juristen des EUGH bei einer Risikotechnologie konsequent das Vorsorgeprinzip angewandt haben. Wer das nicht tut, handelt fahrlässig im Hinblick auf Verbraucher und Umwelt.

Außerdem hat sich auf europäischer Ebene im Bereich Plastikvermeidung viel getan. Eine erste Strategie zur Plastikreduktion liegt auf dem Tisch und weist in die richtige Richtung.

Weitere Themen in meinem Newsletter sind:

- Wetterextreme – Risikominderung vor Versicherung und Entschädigung.
- Klimawandel – Klimaskeptiker als Berichterstatter nicht glaubwürdig.
- Pestizideinsatz – Es gibt viel zu verbessern.
- Gewässerschutz – Die Wasserrahmenrichtlinie darf nicht aufgeweicht werden.
- Handelsabkommen – Mercosur auf der Zielgeraden ohne Sinn und Verstand.

Und natürlich ein Terminrückblick sowie die anstehenden Termine.

Viel Spaß beim Lesen!

Euer Martin

VORSCHLAG DER EU-KOMMISSION ZUR GEMEINSAMEN AGRARPOLITIK STARK VERBESSERUNGSWÜRDIG

Die Vorschläge der Europäischen Kommission (KOM) zur Novelle der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), zum [Strategieplan](#) zur GAP (siehe Dokument I und II), zur gemeinsamen [Marktorganisation](#) und zur [Finanzierung](#) der GAP (siehe Dokument I und II) liegen seit Juni 2018 vor. Künftig sollen die Maßnahmen für die Entwicklung der ländlichen Räume und die Maßnahmen für Direktzahlungen zusammenfließen. Das ist problematisch, da es nach den Vorstellungen der KOM möglich sein soll, die Gelder für die



Entwicklung der ländlichen Räume zugunsten der Direktzahlungen der Betriebe extrem einzukürzen. Darüber hinaus verwenden viele Mitgliedsländer die Mittel zur Entwicklung der ländlichen Räume zusammen mit Mitteln andere Strukturförderungen. Das soll künftig nach Ansicht der Kommission nicht mehr möglich sein.

Wie befürchtet (siehe letzter [Newsletter](#), Mai 2018), dass die Vorschläge zur GAP den Mitgliedstaaten beim Ausarbeiten ihrer Strategiepläne zu großen Spielraum lassen. Völlig offen ist, wie Auflagen an Umwelt-, Klima- und Tierschutz ausgestaltet werden müssen. Beispielsweise könnte es sein, dass über Intensivierungsmaßnahmen in Mega-Tierställen, wie dem Einbau von High-Tech-Filteranlagen, Auflagen bezüglich Klimaschutz bereits erfüllt wären. Die Formulierungen im Gesetzesvorschlag der KOM sind derart unpräzise, dass wir GRÜNEN befürchten, dass wirklich zielführende Maßnahmen, beispielsweise zur Verringerung des Pestizideinsatzes (z.B. über verpflichtende Anforderungen an die Fruchtfolge etc.) oder sinnvolle Parzellierungen mit Hecken zum Schutz von Insekten und Vögeln, noch viel weniger als bisher beachtet werden müssen. Heute sind zumindest 30 Prozent der Agrarzahlungen – theoretisch - an ökologische Auflagen gebunden.

Während der aktuellen Verhandlungen zum Gesetzestext, werde ich mich in meiner Funktion als agrarpolitischer Sprecher der GRÜNEN im EU-Parlament für maßgebliche Änderungen im Text einsetzen. Als koordinierender Abgeordneter für den Bericht zum Strategieplan werde ich die Verhandlungen mit der konservativen Abgeordneten der EVP-Fraktion, Herranz Garcia aus Spanien, führen. Voraussichtlich soll der legislative Bericht im März/April 2019 im Agrarausschuss des EU-Parlaments abgestimmt werden.

Weitere Informationen:

- [Briefing](#) zu den Vorschlägen der Kommission zur GAP 2020 vom 1.6.2018
- [Standpunkt Martin Häusling zur GAP 2020](#)
- Studie [„Fundamente statt Säulen: Vorschläge für eine Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik“](#)

ZUKÜNFTIG MUSS RISIKOMINDERUNG VOR VERSICHERUNG UND ENTSCHÄDIGUNG STEHEN!

Die Nässe im Frühjahr 2017 und die Trockenheit im Sommer 2018 haben es nur allzu deutlich gezeigt: Landwirte sind im Zuge des Klimawandels zunehmend Risiken aufgrund extremer Wetterereignisse ausgesetzt. Diese ziehen häufig auch noch massive Pflanzengesundheitskrisen nach sich.



Die aktuelle Antwort der Politik im Sommer 2018: Entschädigungszahlungen in Millionenhöhe. Die Antwort der neuen GAP-Vorschläge darauf: sogenannte Risiko-Management-Systeme. Der Schwerpunkt liegt dabei allerdings auf der finanziellen Absicherung über Versicherungsmechanismen, statt auf der Förderung der Anpassung landwirtschaftlicher Systeme über agrarökologische Maßnahmen, die die Risiken minimieren könnten.

Die einseitige Konzentration auf Versicherungssysteme und Hilfsfonds negiert dabei, dass die bestehenden Agrarsysteme selbst über ihre Klimawirkung und Beeinträchtigung von Bodenfunktionen zu einem großen Anteil das Ausmaß der widrigen Umstände verstärkt haben, weil sie zur Anfälligkeit des Systems beitragen. Diese Faktoren müssten doch wohl zuerst behoben werden, um mehr Sicherheit zu schaffen.

Statt der Versicherungsbranche Geld hinterher zu werfen, brauchen wir ein eigenes EU-Programm „Risikominimierung und Anpassung an den Klimawandel“ mit eigenem Budget, bestehend aus Training und Fortbildung zu bekannten ackerbaulichen Klimaanpassungsmaßnahmen. Auch in der ökonomischen Studie „Agrarpolitische Optionen zur Reduzierung von Preis- und Ertragsrisiken“, plädieren die Autoren für produktionstechnische „Ex-ante Präventionsmaßnahmen“, die zur Minderung der Risiken beitragen sowie den Wissensaustausch darüber zu fördern.

Ein Hintergrundpapier zu den unterschiedlichen EU-Instrumenten und Möglichkeiten der Risikoabsicherung ist in meinem Team in Arbeit.

Weitere Informationen:

- Studie „[Agrarpolitische Optionen zur Reduzierung von Preis- und Ertragsrisiken](#)“, ab S. 43.

DINOSAURIER WÜRDEN ERRÖTEN! KLIMASKEPTIKER ALS BERICHTERSTATTER ZUR EU-KLIMAPOLITIK



Die Ignoranz beim Klimawandel greift um sich. Im Agrarausschuss des EU-Parlaments wurde ein Klimawandel-Leugner zum Berichterstatter der Stellungnahme des LIFE-Programms ernannt, einem EU-finanzierten Programm zur Förderung von Umwelt-, Naturschutz- und Klimaprojekten. Wie kann es passieren, fragt man sich, dass die Vergabe der Stellungnahme des Agrarausschusses zur Klimapolitik mit John Stuart Agnew (UKIP) an einen Abgeordneten ging, dessen faktenfreie Auffassung zum Klimawandel seit Jahren allseits bekannt ist? Möglich gemacht haben das die Koordinatoren der Konservativen und Liberalen, Albert Deß (CSU/EVP) und Ulrike Müller

(FWG/ALDE) in einer unheiligen Allianz. Dazu muss man wissen, auch Albert Deß tritt wiederholt in Debatten als Klimaskeptiker auf und spricht Klimawissenschaftlern auf seiner Homepage öffentlich ihre Kompetenz ab. Live wiederholt hat er diese Sichtweise am 30.08.2018 im Agrarausschuss (siehe Link zur Debatte unten). Solchen Trump'schen Anwendungen widersprechen wir GRÜNE im EU-Parlament aufs schärfste! Klimaskeptiker, die Fakten leugnen, dürfen nicht über die Finanzierung und Ausstattung von Klimaprogrammen entscheiden.

Dave Reay, Professor für Kohlenstoffmanagement an der Universität von Edinburgh, hat sich gegenüber dem Guardian zum Berichtsentwurf von Herrn Agnew wie folgt geäußert: *"Es ist passend, dass dieses lächerliche Dokument paläoklimatische Informationen gegen den vom Menschen verursachten Klimawandel missbraucht - diese abgedroschenen, pseudowissenschaftlichen Argumente lassen Dinosaurier erröten."*

Weitere Informationen:

- [Artikel](#) im Guardian vom 29.08.2018
- [Zitat](#) Albert Deß 2015: „Mehr oder weniger seriöse Wissenschaftler warten tagtäglich mit neuen Hiobsbotschaften auf und versuchen, die Menschen zu verunsichern und ihnen Angst zu machen mit den angeblichen Folgen einer globalen Erwärmung.“
- [Debattenbeiträge](#) von Martin Häusling und Albert Deß im Agrarausschuss vom 30.08.2018

EUGH MACHT KLAR:

WENN GENE DIREKT VERÄNDERT WERDEN, IST DAS GENTECHNIK!

Die Richter am EUGH haben mit bemerkenswerter Deutlichkeit neue Gentechnik-Verfahren wie CRISPR/Cas unter das europäische Gentechnikecht gestellt. Die Juristen machen damit eindeutig klar, dass Verfahren, die technisch in die DNA eingreifen, auch dann Gentechnik sind, wenn sie keine artfremde DNA einführen. Diese Entscheidung folgt konsequent dem europäischen Vorsorgeprinzip. Sie als Verhinderungswerkzeug von CRISPR/CAS-Technik & Co darzustellen, ist nicht nur eine sehr

polemische Argumentation derer, die ganz klare schnelle finanzielle Interessen an den Einsatz von CRISPR/CAS hängen und die Risiken deshalb herunterspielen, sondern untergräbt auch die wertvolle Errungenschaft des Vorsorgeprinzips generell.



Im Fall des Gentechnikechts erlegt die Anwendung des Vorsorgeprinzips den Produkten bzw. Produzenten neuer Schöpfungen vor allem Nachprüfbarkeit, Kontrolle und Evaluierung der Auswirkungen auf. Bei einer Technologie deren Auswirkungen bisher nicht bekannt sind, deren Wirkmächtigkeit aber enorm ist, gebietet das

einerseits der gesunde Menschenverstand, es müsste darüber hinaus aber auch für die Befürworter von ureigenem wissenschaftlichen Interesse sein, nachzuerfolgen, was eigentlich passiert. Die Mit-Erfinderin von CRISPR/CAS, Emmanuelle Charpentier, hat sich übrigens für eine strenge Regulierung ausgesprochen, [sie sieht Europa hier sogar als Vorreiter](#). Die Regulierung sichert außerdem, dass sich kleine und mittlere Unternehmen oder Privatpersonen nicht außerhalb des Kontrollbereiches betätigen dürfen. Und das halte ich nicht für undemokratisch, sondern bei einer solchen Technologie für angemessen.

Schon heute kann man sich in Europa aus den USA kleine Bausätze zur Genveränderung (Kits) im Internet bestellen. Damit kann so ziemlich jeder auf eigene Faust mit Hilfe der Genscherer munter Organismen neu erschaffen (Do-It-Yourself-Biologie). Genetische Technologie ist aus meiner Sicht ungeeignet für Grauzonen und Hobbybiologen. Das EUGH-Urteil behindert auch nicht den züchterischen Mittelstand, wie so häufig behauptet. Dieser wird eher von der Patentierungs-Praxis behindert, die die Global Player betreiben. Würde NICHT reguliert, wären kleine und mittlere Züchter mit der Haftungsfrage bei ungewollten Auswirkungen völlig überfordert (siehe Interview mit Katrin Brockmann).

Hier noch eine Denkaufgabe zum Schluss. WENN neue, mit CRISPR/CAS & Co erschaffene Organismen den in der Natur vorkommenden völlig gleich gestellt und nicht nachweisbar wären, wie begründen ihre Schöpfer dann die Patentierbarkeit dieser „Produkte“?

Weitere Informationen:

- [Positionspapier](#) zu neuen Züchtungsmethoden, Mai 2018
- [Fragen und Antworten zu Neuen Züchtungstechniken](#)
- [Interview mit Rechtsanwältin Katrin Brockmann](#) in der bauernstimme 9/18.

PESTIZIDEINSATZ – ES GIBT VIEL ZU VERBESSERN

In meiner täglichen Arbeit setze ich mich für eine Ökologisierung der Landwirtschaft ein. Viele Studien



beweisen, dass Agrarökologische Anbaumethoden Gifteinsätze überflüssig machen. Solange die Mehrheit der Landwirte jedoch noch mit sogenannten „Pflanzenschutzmitteln“ arbeitet, sollten diese zumindest in einem transparenten Verfahren und auf Basis öffentlich einsehbarer wissenschaftlicher Studien zugelassen worden sein. Darüber hinaus müssen Minderungsstrategien in den Nationalen Aktionsplänen zum nachhaltigen Pflanzenschutz in den Mitgliedstaaten konsequent umgesetzt werden.

Pflanzenschutzmittel-VO

Die [EU-Pflanzenschutzmittel-Verordnung \(EG\) Nr. 1107/2009](#) regelt die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln, sowie ihr Inverkehrbringen, ihre Verwendung und ihre Kontrolle. Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat sich die Umsetzung dieser Verordnung in den letzten Wochen angeschaut und seine Schlussfolgerungen und Empfehlungen in einem [Bericht](#) zusammengefasst. Ich habe als zuständiger Grüner Schattenberichterstatter an diesem Bericht mitgewirkt. Als problematisch eingestuft haben wir u.a. die Erhöhung der Ausnahmeregelungen („Notfallgenehmigungen“) nach Artikel 53, die Nicht-Berücksichtigung von unbeabsichtigten Mischungen und Kombinationseffekten bei der Zulassung, die Nichtberücksichtigung von Umweltauswirkungen auf die biologische Vielfalt, die Zunahme des Handels mit illegalen und gefälschten Pflanzenschutzmitteln, sowie die fehlende Transparenz bei der Zulassung. Wir bemängeln außerdem die fehlende Entwicklung und Anwendung von wirtschaftlich sinnvollen und zugänglichen Alternativen, die unzureichende Umsetzung des sogenannten „integriertem Pflanzenschutzes“ und die Verfügbarkeit von Stoffen mit

geringerem Risiko. Ein besonderes Anliegen ist es uns, dass die EU in ihrem Zulassungsverfahren weiterhin den gefahren-basierten Ansatz verfolgt. Das bedeutet, dass sie beispielsweise hormonell wirksame Substanzen (Endokrine Disruptoren) generell nicht zulässt und nicht nur deren Anwendung einschränkt.

Weitere Informationen:

- [Studie](#) des Forschungsdienstes des Europäischen Parlaments zur Bewertung der Durchführung der Pflanzenschutzmittelverordnung, April 2018 (Grundlage für den Bericht des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments)

Neue Verordnung für ‚Mehr Transparenz bei der Zulassung von Pestiziden‘

Als Reaktion auf die Europäische Bürgerinitiative ‚StopGlyphosat‘ hat die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine EU-Verordnung gemacht, die die ‚Transparenz und Nachhaltigkeit der EU-Risikobewertung im Bereich der Lebensmittelkette‘ regeln soll. Der Kommissionsvorschlag greift in mehrere bestehende EU-Rechtsakte ein, wie z.B. das Allgemeine Lebensmittelrecht, die Richtlinien zur Freisetzung von GVOs und GVO-Lebens- und Futtermittel sowie die Verordnung zu Pflanzenschutzmitteln.

Ich bin grüner Schattenberichterstatte im Umwelt- und Gesundheitsausschuss des EU-Parlaments und damit für die Ausgestaltung dieses [Vorschlages zuständig](#).

Der Kommissions-Vorschlag enthält positive Elemente, wie die Schaffung eines öffentlichen Registers, in dem beispielsweise Chemiefirmen, die die Zulassung eines neuen Pestizids beantragen, der EFSA den Gegenstand jeder Studie, die sie zur Stützung eines geplanten Zulassungsantrags in Auftrag gegeben haben, eintragen sollen. Außerdem soll es eine automatische Veröffentlichung der Daten, die die Unbedenklichkeit des Produkts belegen, in einem (maschinen-)lesbaren Format geben und Roh-Daten sollen vor der Veröffentlichung der EFSA Stellungnahme öffentlich gemacht werden

Insgesamt aber weist der Kommissionsvorschlag starke Schwachstellen auf, die ich in meiner Funktion als zuständiger Grüner Schattenberichterstatte verbessern will. Am wichtigsten ist, dafür zu sorgen, dass die neuen Regelungen tatsächlich zu mehr Transparenz bei der Genehmigung von Pestiziden führen. Außerdem müssen die Geheimhaltungsregeln, die mehr die Interessen der antragstellenden Industrie, als die von Umwelt und Verbrauchern im Blick haben, geändert werden.

Mehr Informationen zum Verordnungsvorschlag ‚Transparenz in der Lebensmittelkette‘ findet Ihr in meinem [Briefing](#).

Pestizid-Sonderausschuss des Europäischen Parlaments

Der neun-monatige Sonderausschuss des Europäischen Parlaments zum EU-Genehmigungsverfahren von Pestiziden ([PEST](#)) wird Ende September einen ersten Zwischenbericht seiner Arbeit vorstellen. Für Dezember sind die Schlussfolgerungen des Ausschusses zum Zulassungsverfahren von Pestiziden angekündigt.

Weitere Informationen:

- eigene [Studie](#): „Gift auf dem Acker? Innovativ geht anders!“, Januar 2018

NO PLASTIC PLANET!

Zurzeit hören wir häufig, dass wir bald mehr Plastik als Fische in unseren Meeren haben werden. Wenn wir unseren Plastikverbrauch nicht drastisch reduzieren, droht uns diese ökologische Katastrophe tatsächlich. Die Wiederverwendung und das Recycling von Plastik sind sehr gering. Weniger als 30 Prozent unseres Plastikabfalls werden recycelt und von dieser kleinen Menge wandert noch immer ein beträchtlicher Teil in Länder außerhalb der EU, mit geringeren Umweltstandards. Über ein Drittel unserer Plastikabfälle landet auf Müllhalden oder wird verbrannt. Viel zu viel Plastikmüll landet in der Umwelt – sei es in den Meeren oder auch im Boden.



Auf EU-Ebene werden aktuell zwei Gesetzesvorhaben behandelt, die versuchen wollen, der Plastikflut Einhalt zu gebieten. Die [EU-Kunststoffstrategie](#) wurde am 13.9. vom Plenum des EU-Parlaments verabschiedet. Die grundsätzlich schon gute Strategie der EU-Kommission hat zum Ziel, dass Einweg-Plastik reduziert wird sowie Mikroplastik und Oxo-abbaubares Plastik (Plastik, dem Zusatzstoffe beigemischt sind, die die Abbaubarkeit des Plastiks befördern sollen) streng zu reglementieren. Wir Grüne sprechen uns dafür aus, dass bis 2020 Oxo-abbaubares Plastik und Mikroplastik in Kosmetika, Pflege- und Reinigungsprodukten komplett verboten werden. Außerdem wollen wir die externen Kosten des Plastikverbrauchs internalisieren und gefährliche Chemikalien ganz aus Kunststoffprodukten verbannen.

Noch verhandelt wird derzeit im EU-Parlament die Richtlinie zu Einweg-Plastik. Der Kommissionsvorschlag konzentriert sich auf 10 Plastikartikel, die ersetzbar sind, z.B. Plastikbesteck, Ohrenstäbchen. So löblich es ist, dass die Europäische Kommission diese Plastikartikel verbieten will, so gering ist die Menge dieser ausgewählten Einwegartikel am gesamten Plastikverbrauch. Hier müssen in den Folgejahren dringend weitergehende Aktionen folgen. Symbolpolitik reicht da nicht.

Hinweisen möchte ich Euch auch auf die zurzeit laufende Online-Petition der Europäischen Grünen, die Supermärkte auffordert, Plastik zu reduzieren: https://www.tilt.green/useless_plastic_de

Weitere Informationen:

- [Pressemitteilung](#) vom 13.09.2018 zur EU-Strategie für Kreislaufwirtschaft
- [Pressemitteilung](#) vom 29.05.2018 zu Mängeln der neuen Plastik-Richtlinie
- [Kommissions-Vorschlag](#) zur Reduzierung von Einweg-Plastik

AMBITIONIERTER WASSERSCHUTZ IST GEFRAGT

DIE WASSERRAHMENRICHTLINIE DARF NICHT AUFGEWEICHT WERDEN

Die Europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) gilt als zentrales Instrument für die nachhaltige Nutzung der Oberflächengewässer und des Grundwassers in der EU. Ihr ursprüngliches Ziel war der "Gute Zustand der Gewässer" bis zum Jahr 2015. Dieses wurde nicht erreicht, die EU-Länder bekamen Aufschub bis 2027. Als ob dieser Aufschub nicht schon schlimm genug wäre für die Natur und uns. Großwasserverbraucher und verschiedene Lobby-Vertreter fordern zunehmend eine Änderung der Richtlinie, da sie – leider berechtigterweise – befürchten, dass das Ziel "guter Zustand bis 2027" nicht einhaltbar ist.



Entscheidend für die Zukunft der WRRL wird die Wasserkonferenz der EU-Mitgliedstaaten sein, die bereits am 20./21. September in Wien stattfinden wird. Dort soll eine gemeinsame Stoßrichtung zur Zukunft der Wasserrahmenrichtlinie erarbeitet werden. Die Entscheidungsverantwortung für die Stimme Deutschlands trägt Bundesumweltministerin Svenja Schulze.

Das Ergebnis der Wiener Wasserkonferenz bildet angeblich(?) 50 Prozent der Entscheidungsgrundlage der EU-Kommission.

Zur anderen Hälfte wird das Ergebnis einer öffentlichen Befragung in die Entscheidung miteinfließen. Im Sommer werden alle EU-Bürger*innen dazu aufgerufen sein, sich an dieser öffentlichen Befragung zum europäischen Wasserschutz zu beteiligen. Wir werden Euch informieren, wo man sich beteiligen kann.

HANDELSABKOMMEN AUF DER ZIELGERADEN OHNE SINN UND VERSTAND UND OHNE BETEILIGUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

Und täglich grüßt das Murmeltier: Anfang September kamen die Chefunterhändlerinnen und Chefunterhändler erneut in Montevideo (Uruguay) zusammen, um einen möglichen Abschluss des **EU-Mercosur**-Abkommens weiter voran zu treiben. Es ist nun schon die 35. Handelsrunde, und noch immer dreht sich alles um den Export von Autos und Milchprodukten aus Europa in den Mercosur-Raum oder um die Einfuhren von Rindfleisch nach Europa sowie den Schutz von geographischen Angaben auf Lebensmitteln. Viele technische Fragen sind noch offen, beispielsweise wie sich die 99.000 Tonnen umfassende Rindfleischquote auf Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay aufteilt.



Neben dem Ausblenden der teilweise fragwürdigen Produktionsbedingungen in einigen Mercosur-Staaten, wie der Tierhaltung in feetlots (enge Aussenbereiche, in denen Tiere häufig im Schlamm stehen) und den hohen Einsatzmengen von giftigen Pflanzenschutzmitteln, kritisiere ich insbesondere die [Intransparenz und den Zeitpunkt der Verhandlungen](#). Brasilien steckt derzeit in einer tiefen Krise. Während Ex-Präsident Lula da Silva trotz dünner Beweislage noch immer hinter Gittern sitzt und seine Kandidatur zurückziehen musste, jubelt der ultra-rechte, homophobe Kontrahent und Ex-Militär Jair Bolsonaro, der nun für die Präsidentschaftswahl Anfang Oktober freie Fahrt hat.

Handelskommissarin Cecilia Malmström verliert die Mercosur-Verhandlungen derweil aus dem Blick. Ihr Fokus richtet sich vielmehr auf die **USA**, respektive auf die unerfreulichen US-Stahl- und Aluminiumzölle. Hier stößt sie ins gleiche Horn wie ihr Kollege, Agrarkommissar Phil Hogan, der gerne ohne Sinn und Verstand Zugeständnisse im Agrarbereich macht und Handelsschranken abbauen will. Bei einem [Selbstversorgungsgrad](#) bei Fleisch von teilweise weit über 120 Prozent sind derartige Zugeständnisse nicht nachvollziehbar.

- [Interview mit Martin Häusling auf Slow-Food Deutschland zu Mercosur](#)

Aber nicht nur europäische und deutsche Landwirte und Landwirtinnen geraten beim aktuellen Handelsgebaren der Kommission unter Druck. Das EU-Japan Abkommen **JEFTA** befindet sich gerade im

Ratifizierungsprozess und wurde vom EU-Ministerrat im Juli bereits angenommen. Nun darf das EU-Parlament Stellung beziehen, nicht aber die nationalen Parlamente. Ende des Jahres wird es eine Stellungnahme des EU-Parlaments geben. Hier wäre ein Blick über europäische Grenzen hinaus angebracht. Japan versucht bei der derzeit in Florianópolis stattfindenden Tagung der Internationalen Walfangkommission, entgegen des Walfang-Moratoriums zum Schutz der Wale, das kommerzielle Jagen der Wale wieder durchzudrücken. Japanische Milchbauern und Milchbäuerinnen befürchten überdies zu Recht, dass ihre Existenz durch billige [Milchimporte aus der EU](#) bedroht ist.

Die Förderung einer nachhaltigen, regional verankerten Landwirtschaft mit fairen Preisen sieht anders aus und kann durch eine Ausweitung des Handels mit Agrargütern nicht gelingen.

Weitere Informationen:

- [Pressemitteilung](#) zu den Mercosur-Verhandlungen vom 11.09.2018
- [Pressemitteilung](#) zu Handelszugeständnissen vom 04.09.2018

TERMINRÜCKSCHAU

5. Juli 2018, Fachgespräch „Die GAP nach 2020 – Grüner und Gerechter“ in Berlin

Anfang Juli fand ein interner Austausch mit Toni Hofreiter, Robert Habeck, Friedrich Ostendorff und mir im Bundestag zu den seit Juni vorliegenden Legislativvorschlägen der Kommission zur Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 (s.o.) statt. Als externe Gäste luden wir dem Kommissionsvertreter der Generaldirektion der Kommission AGRI, Martin Scheele, und Silvia Bender vom BUND ein.

Von Grüner Seite aus gab es keine Zweifel daran, dass die zukünftige GAP wesentlich stärker auf die gesellschaftlichen Anforderungen, insbesondere dem Umweltschutz- und Tierschutz, eingehen muss. Beispielsweise über die Zweckbindung von Agrarfördergeldern in Höhe von 15 Milliarden Euro an Naturschutzmaßnahmen, wie von den Verbänden gefordert. Das heißt, EU-Fördergelder kommen Landwirtinnen und Landwirten zugute, die explizit zum Naturschutz beitragen. Eine Verlagerung der Verantwortung auf die Mitgliedstaaten, wie von Herrn Scheele verteidigt, käme einer Renationalisierung gleich. Das kann keine Lösung für den europäischen Binnenmarkt und grenzüberschreitende Umweltprobleme sein. Für eine gerechtere GAP muss der politischen Druck auf allen Ebenen noch erhöht werden. Dafür werde ich mich einsetzen.

16. – 22. Juli: Tour in Bayern/ 13.-18. August: Tour in Hessen

Auch in diesem Jahr habe ich Kreisverbände in Bayern und Hessen vor ihren Landtagswahlen bei Veranstaltungen unterstützt. Besonders hervorheben möchte ich an dieser Stelle, dass ich in beiden



Bundesländern die Erfahrung gemacht habe, dass den Menschen die Themen Artenschwund und Klimawandel sehr am Herzen liegen und sie mehr dazu wissen wollen. Das freut mich, da es an Brisanz für unsere Zukunft möglicherweise noch das Thema Klimawandel übertrifft.



6. Sept 2018, Veranstaltung „Tierleiden bei Tiertransporten in Europa beenden!“ in Brüssel

Mit meinen Grünen Kollegen Pascal Durand, Maria Heubuch, Keith Taylor und Thomas Waitz organisierte ich eine Veranstaltung zu Tiertransporten, die allen Anwesenden noch einmal sehr deutlich vor Augen führte, wie wichtig es ist, das Tierschutz-Niveau bei Tiertransporten zu erhöhen. Der Apell ging



besonders in Richtung Kommission, die sich allerdings wenig einsichtig zeigte. Angeblich entsprechen 97 Prozent der untersuchten Transporte dem EU Standard. Bei den Podiums-Diskussionen kamen Fachleute aus der Landwirtschaft, den Veterinärämtern und von NGOs allerdings zu anderen Einschätzungen. Deutlich wurde, dass die geltende Tiertransportrichtlinie so unzureichend konzipiert ist, dass sie den

Tierschutzbelangen keiner der transportierten Tierarten wirklich gerecht wird. Die Transport-Standards gelten für alle Tierarten sowie für jedes Alter gleichermaßen. Hier ist dringende Anpassung an die jeweilige Tierart oder Altersgruppe notwendig. Zudem sind gemäß Experten die Kontrollen der Tiere in den Transportern völlig unzureichend. Sowohl die zuständige Polizei als auch die Tierärzte sind überfordert, z.B. bei Kontrollen an EU-Außengrenzen. Die Notwendigkeit kleine regionale Schlachthäuser zu fördern, wurde untermauert.



Unter folgenden Links können Sie die [Vorträge](#) und eine [Videoaufzeichnung](#) der Veranstaltung abrufen.

19. September 2018, Präsentation der aktualisierten und überarbeiteten Studie (3. Auflage) Wir sind dann mal weg - Die (un)heimliche Arten-Erosion in Wiesbaden



Im Fokus der Präsentation der erneut [aktualisierten und überarbeiteten Studie \(3. Auflage\)](#) am 18. September im Museum Wiesbaden stellte Autor Stephan Börnecke die neusten Erkenntnisse zum anhaltenden Schwund der Agrarvögel, die weiter unzureichende nationale wie europäische Biodiversitätspolitik sowie die Lage nach dem EU-Verbot für drei der fünf zugelassenen Insektizide aus der Stoffklasse der Neonikotinoide vor. So unterlaufen verschiedene EU-Staaten das Verbot mit Notfallgenehmigungen. Zudem kommen nach und nach andere Gifte auf die Äcker, die ebenfalls systemisch, das heißt über alle Teile der Pflanze wirken, auf den Markt. Darunter befinden sich Mittel, für deren Gebrauch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit aufgrund der

Gefährlichkeit strikte, warnende Vorgaben macht. Überdies zeigen offizielle Zahlen, dass der deutsche Export von Neonikotinoiden trotz eines seit 2013 bestehenden EU-Teilverbots auf den hiesigen Äckern keineswegs gesunken, sondern sogar deutlich von 1756 in 2012 auf 2142 Tonnen in 2016 gestiegen ist. Auch der binnenländische Verbrauch sank weniger als erwartet, hatte sich kaum halbiert.

Der stellvertretende Generaldirektor der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung, Professor Andreas Mulch, zeigte in seinem Vortrag den dringenden Handlungsbedarf auf. Beim anhaltenden Verlust der Artenvielfalt müsse man mit einem Kipppunkt rechnen, von dem an Ökosysteme zusammenbrechen, da auch der „letzte Strang gerissen“ ist. Unter Hinweis auf Erkenntnisse des Stockholm Resilience Centres bewertete auch Mulch den Artenschwund als schwerwiegender als den Klimawandel. Dies umso mehr, als wissenschaftliche Erkenntnisse in ungleich geringerem Umfang vorliegen als zum Klimawandel.

Der immer wieder gehörte Appell geht daher an die politischen und wissenschaftlichen Entscheider, nicht nur Naturschützer zu unterstützen, sondern vor allem die Landwirte bei einer Agrarwende hin zu einer giftfreien Landwirtschaft zu fordern und zu unterstützen. Die Hauptverantwortung tragen die EU-Mitgliedsstaaten mit ihren jeweiligen Regierungen. Nichtsdestotrotz ist auch die kleinste Maßnahme im Privaten kein überflüssiger Beitrag.

TERMINVORSCHAU

21.09.2018 – Heiß, heißer, Klima – jetzt zusammen anpacken! Grüne Klimakonferenz in



Frankfurt/M. im Vorfeld des Weltklimagipfels in Katowice

ab 9:30 Uhr in Evangelische Akademie Frankfurt,
Römerberg 9, 60311 Frankfurt am Main

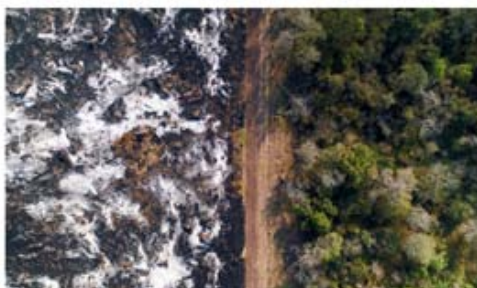
[EINLADUNG](http://gruenlink.de/1gxh) & Anmeldung: <http://gruenlink.de/1gxh>

Event auf Facebook:

<https://www.facebook.com/events/928676737336517/>

28.09.2018 - [Verantwortung in Soja-Lieferkette, Studienvorstellung in Hamburg](#)

Den Sojawahn stoppen – Verantwortung in der Lieferkette übernehmen
Spielräume des Handels, der Politik und Konsument*innen



Jüngste Untersuchungen von der Organisationen Mighty Earth, FERN und Rainforest Foundation Norway belegen die negativen Auswirkungen unserer Futtermittel-Soja-Importe auf die verbliebenen Naturwälder der Länder Argentinien und Paraguay. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten erörtern wir, welche Rolle der Handel, die Politik und die Konsument*innen spielen können, damit nachhaltige Lieferketten entstehen und Wälder nicht gerodet werden.

9.10.2018 – Save-the-date: Proteinpflanzen-Veranstaltung von Martin Häusling und mit Friends of the Earth zu Perspektiven der Eiweißpflanzenversorgung in Brüssel

Die Veranstaltung findet im EU-Parlament statt. Wir erwarten den Rechtsanwalt Juan Ignacio Pereyra, aus Argentinien, der die Situation in Latein-Amerika schildern wird. Henrik Maaß, Uni Hohenheim, mit Einblicken in das Forschungsprogramm zu Leguminosen [TRUE](#) (TRansition paths to sUustainable legumebased systems in Europe). Atilla Szocs (Via Campesina Romania) wird u.a. Land-Grabbing in Rumänien beleuchten. Weiterhin wird von Seiten der Kommission Frau Silke Boger, Referatsleiterin "Feldfrüchte und Ölpflanzen" über die weiteren Entwicklungen beim Proteinpflanzenanbau in der EU informieren.

15.10.2018 - Save-the-date: Grünes Fachgespräch „Neue Gentechnik - Risiko oder Chance in der Landwirtschaft, und welchen Rahmen braucht es?“ in Berlin

16:30 – 18:30 im Deutscher Bundestag; u.a. mit: Martin Häusling MdEP, Agrarpolitischer Sprecher, Harald Ebner MdB, Sprecher für Gentechnik- und Bioökonomie-Politik, Angelika Hilbeck, ETH Zürich / ENSSER, Margret Engelhard, BfN und Felix zu Löwenstein, BÖLW

16. 10.2018 – Save-the-date: Veranstaltung zu Saatgut und Biodiversität im Rahmen der EU-Öko-Verordnung in Brüssel

Bei dieser Konferenz werden Neuerungen im Öko-Saatgutmarkt durch die Novelle der EU-Bio-Verordnung diskutiert. Martin Häusling, GRÜNE wird zusammen mit Eric Andrieu und Marc Tarabella S&D sowie Norbert Lins, EVP sowie Artemisia AISBL, einem Verein, der sich der Zielrichtung der rechtlichen Unterstützung der Zivilgesellschaft im Bereich des Umweltrechts widmet, durchgeführt. Weiterer Mit-Veranstalter ist Arche Noah aus Österreich, Verein zur Erhaltung der Kulturpflanzenvielfalt.

19.10.2018 - Studienvorstellung [Mythos der klima-smarten Landwirtschaft](#) in Berlin



Die Autorinnen Dr. Andrea Beste und Dr. Anita Idel stellen in ihrer Studie die Frage, ob die Auswirkungen der Landwirtschaft auf den Klimawandel bisher richtig dargestellt werden. Methan-rülpsende Kühe stehen am Pranger, Lachgasemissionen, aufgrund des massiven Stickstoffeinsatzes, aber kaum. Welche Rolle müssten Humusaufbau, Flächenbindung des Tierbestandes und Weidehaltung bei einer klimaschonenden und klimaangepassten Landwirtschaft spielen?

Kontakt und Impressum

Für Kontakte, Anregungen und Kommentare stehe ich und mein Team in Brüssel, Wiesbaden und Berlin Ihnen gern zur Verfügung: [Kontaktmöglichkeiten](#).

V.i.S.d.P. Martin Häusling (MdEP)

Anmeldung für Newsletter unter <http://www.martin-haeusling.eu/newsletter-abonnement.html>